

Preisfrage entzweit Ökostrom-Gemeinschaft

Unterschleißheim hat gemeinsamen Einkauf zwar initiiert, wird aber wohl wegen Kostendeckelung nicht dabei sein

Von Alexandra Vettori

Landkreis ■ Die Einkaufsgemeinschaft für Ökostrom, an der sich der Landkreis sowie mehrere Kommunen beteiligen, droht auseinanderzubrechen, bevor sie überhaupt aktiv wird. Erste Ausstiegskandidaten sind Unterschleißheim und Planegg, Streitpunkt sind die Kriterien zur Ausschreibung.

Der Kreisausschuss will am kommenden Montag einen Beschluss zur Einkaufsgemeinschaft für Ökostrom fassen.

Mehrkostendeckelung oder nicht, die Frage dürfte dort für Diskussionsstoff sorgen. Denn an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Ursprünglich war vorgesehen, die durch nachhaltig erzeugten Strom bedingten Mehrkosten auf maximal zehn Prozent festzuschreiben. Zwar haben Recherchen der Unterschleißheimer Verwaltung ergeben, dass andere Städte für Ökostrom nur zwei bis fünf Prozent mehr zahlen als für konventionellen Strom, doch rät auch die Anwaltskanzlei, die die europaweite Ausschreibung begleitet,

zumindest zu Vergleichsangeboten mit konventionellen Stromerzeugern.

Ausgerechnet Unterschleißheim, die Stadt, aus der die Initiative zur Einkaufsgemeinschaft kam, schert jetzt aus. Denn dort hat kürzlich eine Mehrheit im Stadtrat gegen die Deckelung der Mehrkosten gestimmt. Grünen-Stadtrat Mathias Weidner sah in der Kostendeckelung ein Signal dafür, dass umweltfreundliche Stromgewinnung Luxus sei, eine Meinung, der sich die Mehrheit der Gemeinderäte anschloss.

Bisher nichtöffentlich ist der Beschluss des Planegger Gemeinderates: Dort bezieht man seit Jahren Ökostrom und wird sich wohl der Einkaufsgemeinschaft nicht anschließen. Auf Nachfrage der *Landkreis SZ* war vom Planegger Umweltreferenten Richard Richter immerhin so viel zu erfahren: „Wir wollen auf jeden Fall weiterhin Ökostrom in der bestehenden Qualität. Es zeichnet sich aber ab, dass das aufgrund der Ausschreibungskriterien nicht der Fall ist.“

Bei einer Sitzung des Zweck-

verbands weiterführende Schule in Unterschleißheim kam die Causa am Montag zur Sprache, weil sich auch der Zweckverband der Einkaufsgemeinschaft anschließen möchte. Hier allerdings stimmte man für eine Deckelung der Mehrkosten auf zehn Prozent. „Was ist mit unserer Einkaufsgemeinschaft wenn das in dem Punkt uneinheitliche Einzelbeschlüsse gibt?“, fragte Landrätin Johann Rumschöttel. Dann, so Unterschleißheimer Bürgermeister Rolf Zeitler, „scheiden die, die gegen die Deckelung sind, aus.“

Bei den Kosten scheiden sich die Geister

Die meisten Kommunen sprechen sich dafür aus, den möglichen Preisanstieg durch Strom aus regenerativen Quellen zu beschränken

Landkreis ■ Bis vor kurzem war Unterschleißheim noch stolz darauf, die bundesweit erste Einkaufsgemeinschaft von Kommunen beim Bezug von Ökostrom initiiert zu haben. Jetzt aber bröckelt die Front der umweltbewussten Gemeinden. Auslöser waren die Unterschleißheimer Grünen, die sich gegen die Beschränkung der Mehrkosten für Ökostrom aussprachen und damit eine Mehrheit im Stadtrat fanden. Die meisten ande-

ren Teilnehmer der Einkaufsgemeinschaft aber scheinen eine solche Deckelung zu wünschen. Einige Kommunen wie Garching haben die Deckelung schon beschlossen, ebenso zwei Schulzweckverbände. Das Problem: Scheiden einzelne aus der Einkaufsgemeinschaft aus, ändert sich auch für die Restlichen der Preis, weil die Abnahmemenge sinkt. Für diejenigen, die ohne Einkaufsgemeinschaft Ökostrom kaufen, wird es noch teurer.

Vergangenen Montag sprach sich der Zweckverband weiterführende Schulen in Unterschleißheim dafür aus, dass Ökostrom maximal zehn Prozent teurer werden darf als herkömmlicher Strom. Der Vorsitzende des Zweckverbands, Unterschleißheims Bürgermeister Rolf Zeitler, machte keinen Hehl daraus, was er vom Beschluss seines Stadtrates hielt: „Bei aller ökologischer Diskussion sollte man schon die Kosten im Auge haben. Schließlich

ist auch da Kostenträger der Bürger. Das ist was anderes, als wenn er sich selbst für Ökostrom entscheidet und das dann zahlt.“

In die gleiche Richtung ging ein Beschluss des Garchinger Stadtrates. Der entschied sich Anfang Juli für Ökostrom und die Einkaufsgemeinschaft, allerdings unter der Bedingung, dass die Mehrkosten nicht mehr als zehn Prozent betragen. „Die Formulierung muss drin bleiben, sonst müssten wir

theoretisch den Ökostrom auch nehmen, wenn er um 100 Prozent teurer wäre“, sagte Joachim Krause (SPD). Die gleiche Entscheidung fiel auch im Zweckverband für das Werner-Heisenberg-Gymnasium. Garchings Kämmerer Heiko Janich äußerte Zweifel daran, dass die Einkaufsgemeinschaft zustande kommt. Angesichts uneinheitlicher Einzelbeschlüsse, werde es schwer, sich rechtzeitig auf eine gemeinsame Linie zu einigen. *av, moo*